

# Den Rückstand aufholen

**[30.11.2020] In der Corona-Krise rächen sich der digitale Rückstand und die Verzögerungen beim Abruf der Fördermittel des DigitalPakts Schule. Längst nicht alle Bildungsanstalten sind in der Lage, digitalen Unterricht respektive Homeschooling anzubieten.**

Als im Mai 2019 der DigitalPakt Schule in Kraft trat, dachten viele, das digitale Klassenzimmer sei nicht mehr weit entfernt. Dabei deutete der volle Titel der „Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ schon darauf hin, dass es etwas dauern könnte. Und so ist es auch gekommen. Von den 5,5 Milliarden Euro Bundesmitteln aus einem angesparten Sondervermögen ist immer noch sehr wenig verteilt worden. Rein rechnerisch stehen jeder einzelnen allgemeinbildenden Schule in Deutschland 120.000 Euro zu. Hohe bürokratische Hürden bei der Antragstellung und der Umstand, dass die Schulen organisatorisch nicht gut vorbereitet waren, führten dazu, dass bis Januar 2020 gerade einmal 20 Millionen Euro an Fördermitteln abgerufen wurden. Dann kam Corona.

### **Große Defizite kamen ans Licht**

Mit den Schulschließungen ab März dieses Jahres fiel der große Rückstand bei der Digitalisierung der Schulen schmerzlich auf. Groß war das Lamento, was nicht alles hätte funktionieren können, wenn man bloß schneller gewesen wäre. So rächte sich das verzagte und unkoordinierte Vorgehen bei der Schuldigitalisierung in den Jahren zuvor. Den Unterrichtsausfall mit Homeschooling auszugleichen, konnte schon deshalb nicht gelingen, weil an vielen Schulen die IT fehlte. Die Technik wiederum war nicht vorhanden, weil an ihre Beantragung ein so genanntes Medienkonzept gekoppelt war – eine Idee über die didaktische Nutzung der digitalen Technik im Unterricht, die jeder Schulträger selbst zu entwickeln hatte, um an Fördermittel zu gelangen.

Einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge beklagen 56 Prozent der Schüler die schlechte technische Ausstattung an ihrer Schule, 29 Prozent monieren veraltete Lehrinhalte und 22 Prozent inkompetente Lehrer. Die Bildungsexperten Dieter Dohmen und Klaus Hurrelmann gaben im März 2020 den Anteil derjenigen Schulen, die technisch in der Lage wären, digitalen Unterricht anzubieten, mit lediglich 15 Prozent an. WLAN, Netzwerke, Laptops, Tablets, Whiteboards und digitale Lernmittel sind an den meisten Schulen nicht oder in nicht ausreichender Menge vorhanden. Das soll jetzt alles anders werden. Nachdem die Corona-Pandemie die großen Defizite im Schulwesen augenfällig gemacht hat, will man nun aus den Fehlern lernen und die Krise als Chance nutzen.

### **Ad-hoc-Maßnahmen beschlossen**

Anfang Oktober dieses Jahres teilte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig, mit, dass den Ländern inzwischen 680 Millionen Euro aus dem DigitalPakt Schule bewilligt worden sind. Bund und Länder hatten die Förderkriterien vereinfacht: Ein Medienkonzept muss nun nicht mehr vor, sondern erst bei Abschluss der Investitionsmaßnahme vorgelegt werden. Dieser Schritt führte rasch zu einer vermehrten Beantragung. Darüber hinaus wurden einige Ad-hoc-Maßnahmen ins Leben gerufen. So stellt der Bund 500 Millionen Euro für Leihgeräte an bedürftige Schüler zur Verfügung. Mit der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt Schule werden weitere 500 Millionen Euro für den Ausbau von professionellen Support- und

Administrationsstrukturen verteilt. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek bezeichnet die Vereinbarung als „wesentlichen Baustein, um die Digitalisierung der Schulen in nächster Zukunft zu forcieren“ und verweist auf die gestiegenen Anforderungen an den technischen Support vor Ort. Auf dem Bildungsgipfel im September 2020 wurde außerdem beschlossen, 800.000 Lehrerinnen und Lehrer mit Dienst-Laptops auszustatten. Dafür sind weitere 500 Millionen Euro im Gespräch.

### **Gesamtkonzept fehlt**

Die Ad-hoc-Maßnahmen und der erleichterte Zugang zu den regulären DigitalPakt-Mitteln sind ein Anfang. Immer mehr Schulen melden, Fördergelder erhalten zu haben. Bis der digitale Schulbetrieb allgemein aufgenommen werden kann, wird allerdings noch Zeit vergehen. Zu unterschiedlich sind die technischen und organisatorischen Voraussetzungen. Während in Bayern mehr als 5.500 Schulen an die digitale Lernplattform Mebis angeschlossen sind und in Niedersachsen im Mai die Bildungscloud gestartet ist, an der 2.000 Schulen teilnehmen wollen, sieht es andernorts nicht so günstig aus. Die Qualität der IT-Ausstattung ist sehr unterschiedlich, selbst in den einzelnen Bundesländern sind kaum einheitliche Standards vorhanden.

Wie bei der Verwaltungsdigitalisierung gibt es auch bei der Schul-IT viele einzelne technologische Ansätze, aber keine Gesamtstrategie. Die einen setzen auf Schul-Clouds, andere auf den lokalen Server-Betrieb. In Nordrhein-Westfalen ist beispielsweise vielerorts die ucloud4schools von regio iT im Einsatz und ermöglicht virtuelle Klassenzimmer, Elternaustausch und Schulkooperationen. Dataport betreut das Schulportal Schleswig-Holstein und die Hamburger Lösung eduPort und setzt mit der Kooperationsplattform Phoenix zunehmend auf Open Source Software. Das Hasso-Plattner-Institut hat mit der HPI Schulcloud, die ebenfalls auf Open Source beruht, eine länderübergreifende Lösung mit allen Grundfunktionen im Angebot. Microsoft hat gleich ganze Digitalpakete geschnürt, in denen sich neben der Cloud-Lösung Office 365 auch Computer-Hardware sowie Fortbildungsmodule für Lehrkräfte befinden.

### **Noch herrscht Wildwuchs**

Die kommunalen IT-Dienstleister, die an den digitalen Schullösungen oftmals beteiligt sind oder sie sogar entwickelt haben, richten sich auf zunehmende Support-Leistungen für den schulischen Digitalbetrieb ein. „Die Schulen müssen bei technischer Ausstattung, Beschaffung, Support, Management und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik in Zukunft professioneller beraten und im Betrieb unterstützt werden“, sagt Thomas Coenen, Geschäftsführer der Südwestfalen IT (SIT) und Leiter der Vitako-Projektgruppe Bildung. Dort macht man sich auch Gedanken über Mindestanforderungen für die Leistungsfähigkeit der Systeme und wie diese bereitgestellt werden können. Ein Schlüssel des Erfolgs bei der Digitalisierung der Schulen seien „maßvoll gesetzte und einheitliche Mindeststandards“.

Wie das gelingen soll, bleibt allerdings völlig offen. Bislang haben die Bundesländer ihre Bildungsautonomie stets zu verteidigen gewusst, und ob sie sich jemals auf eine gemeinsame Software-Infrastruktur einigen können, bleibt dahingestellt. Darüber hinaus ist die Informationstechnik nur ein Teil der schulischen Digitalisierungsbemühungen. Ob digitale Lernstrukturen und Lehrmedien oder Kenntnisse für die Erstellung digitaler Inhalte – auch hier herrscht bislang weitgehend Wildwuchs. Mit MUNDO, einer „ländergemeinsamen Bildungsmedieninfrastruktur“, die vom DigitalPakt-Schule gefördert worden ist, liegt nun ein erster Versuch aller 16 Bundesländer zu mehr Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit vor.

()

Die Bildungsmediathek MUNDO im Web

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Dezember 2020 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein

Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Schul-IT, Politik, DigitalPakt Schule